

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag des C. Merck'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom). Für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

Nr. 81.

Neuenbürg, Freitag, den 4. April 1924.

82. Jahrgang.

Drei Volksvertreter.

Selbst französische Kontrollkommissionen haben manchmal ihrem Willen vor jenen Deutschen Kundendienst gegeben, die nichts Besseres zu tun wußten, als den Feinden zu verraten, wo irgend ein Gewehr oder sonst eine Waffe versteckt war. Wäre Frankreich unterlegen und ihm ein solcher Friedensvertrag auferlegt worden, wie der von Versailles, so würde es auch für jeden französischen Sozialisten und Kommunisten Ehrenpflicht gewesen sein, alle ihre Tätigkeit darauf einzusetzen, das Vaterland wieder wehrhaft zu machen. Und jeder Franzose, der es gewagt hätte, irgendein Waffenlager an den Feind zu verraten, wäre in allerhöchster Zeit der erbitterten Volkswut zum Opfer gefallen.

Dies in Deutschland haben aber besonders die „Unabhängigen“ Sozial- und Verräterdienste für die Feinde geleistet. Sie haben feinerzeit, als polnische Vandalen in dem ihnen noch gar nicht „zugewandenen“ Oberschlesien eindringen und ein- Deutsche Selbstmörder — an der auch sozialdemokratische Gewerkschaften in ihrem natürlichen nationalen Instinkt teilnahmen — den Polen mit bewaffneter Hand entgegenzutreten und sie mit blutigen Köpfen heimzuführen, Deutsche also, die ihren Brüdern zu Hilfe eilen wollten, aufgehalten, entwaffnet und mißhandelt. Zur gleichen Zeit aber haben es diese Elemente gebildet, daß ein französischer Munitionszug nach dem andern durch Deutschland nach Polen rollte.

Und nun hat es ein „deutscher“ Professor, Laubde heißt er, fertig gebracht, in Dello v. Gerlach's „Welt am Montag“ Deutschland bei der Entente zu denunzieren, daß es Waffen verberge, und daß dies mit dem Friedensvertrag von Versailles nicht im Einklang stände. Na, noch mehr, er fandte eine Denunziation auch an Minister der Entente! Von dem Friedensvertrage durch den räuberischen Rubreinstellt es diese Herde der Nation nicht für nötig, nicht? Selbst der jüdische „Vorwärts“ hat an über dieses Bremer Millionärsjöhndchen ge- von politischem Egoismus beiseite sei. Und Kriege hat er mit dem berüchtigten Pro- gerian, um die Weltanschauung an dem blutigen und zu unterrichten.

Dello v. Gerlach ist bekannt. Seine „Welt am Montag“ und sein Hund „Neues Vaterland“ sind die schmutzigen Sammelbecken, in denen die ganze Schlammklotz von Verleumdungen gegen Deutschland aufgestaut werden. Von ihm schrieb sogar der jüdische „Vorwärts“ am 15. Februar 1920 zu- treffend:

„Verleumdung ist während der letzten Kriegsjahre der geistige Nährboden der U.S.V.-Presse gewesen. Seit der Revolution hat v. Gerlach alle Parteien beschimpft, mit Ausnahme der Unabhängigen. Er hat den Unabhängigen bei allen ihren Vergewaltigungen gegen Andersdenkende, besonders auch bei brutalen Überfällen mit Knütteln, Verfeindeln und ähnlichen geistigen Waffen auf die mehrheitssozialistischen Genossen, bei ihren wirtschaftlichen und revolutionären Kämpfen die Stange gehalten und dabei alle Schuld auf die Mehrheitssozialisten und die bürgerlichen Parteien gehäuft.“

Dieser Mensch ist also nur Bazillat gegenüber den Fran- sosen und Polen, im Innern förderte er dagegen nach dem ge- wöhnlich unverdächtigen Urteil des „Vorwärts“ den Bürgerkrieg von linksradikaler Seite. Und im „Amsterdamer Weltblat“ schrieb er bei Behandlung der oberösterreichischen Frage:

„Ich halte es für ein großes Unrecht, wenn derzeit wird: Oberösterreich bleibt bei Deutschland, weil Deutschland die Kohlen dieses Landes nicht entbehren kann.“

So hat er das Land, das tausend Jahre lang zu Deutsch- land gehörte, durch deutschen Fleiß das geworden war, was es ist, niemals zu Polen gehört hat und durch die Abstammung beweis, daß es nicht polnisch werden wollte, den Polen in die Hände gegeben, wie er Polen und Westpreußen den Polen in die Hände gegeben hat. Was kümmert ihn die dadurch be- wirkte Not der Millionen von arbeitslosen deutschen Arbeitern?

Nun der Dritte im Bunde: Rosard Dullis. Für ihn sprechen allerdings milde Umstände: er ist politisch unzu- rechnungsfähig. Ein Chamäleon, das in jedem politischen Wind seine Farbe wechselt. Ein Weichling. Dabei auch Platan- nismus genannt. Vor dem Kriege radikal, international, beim Kriegsausbruch national bis auf die Knochen. Da schrieb er an seinen Freund Rabel-Sobelsohn einen offenen Brief, in dem folgende Stellen vorkamen:

„Die proletarische Jugend in Leipzig ist nur mit äußerster Mühe davon abzuhalten, in ihren Versammlungen Lieder wie „Deutschland, Deutschland über alles“ und „Es braut ein Auf wie Donnerhall“ zu singen. In zahlreichen Orten Sachsen und anderen Bezirken hat sich die organisierte Arbeiterjugend (auch die in Arbeit stehenden) bis zum letzten Mann freiwillig zum Kriegsdienst gemeldet. An dem Verfall der Jugend- zentrale, die proletarische Jugend löste sich nicht an der Zeit ins Leben gerufenen Jugendausbildung beteiligen, haben sich in sehr vielen Bezirken unsere Leute einzeln nicht geteilt. ... Nicht im Interesse unserer Nachhater wünsche ich von gan- zer Seele einen möglichst entscheidenden Sieg Deutschlands, sondern gerade im Interesse des deutschen Proletariats. Zum Donnerstatter, was Polen und Franzosen recht ist, muß uns Deutschen billig sein.“

Wobon Laubde und Gerlach leben, wissen wir nicht. Wahr- scheinlich werden aber ihre Ansätze besonders im Ausland wie Donig aufgeflogen und hoch bezahlt. Dänisch aber gehört zu jenen zahlreichen Revolutionsgewinnlern, die Ministerposten ergatterten, welche ihnen in normalen Zeiten kaum von ihren eigenen Parteigenossen übertragen worden wären, weil sie dazu als nicht befähigt galten. Unseres Wissens bezieht er aber ein nicht zu knappes Ruhegehalt als kurzlebigem Regierungspräsi- dent von Wiesbaden, und sein arbeitsloses Amt läßt ihm Zeit und Muße, als Vorsitzender des Reichsdeutschen Volksbun- des“ für den des Hochverrats angeklagten Laubde im Lande

mit dem Juden Preuß — an dem nur der Name preussisch ist und der uns daher auch die preussentümliche Reichsverfassung beibringt hat — sich ins Zeug zu legen.

Und wir Untertanen — denn freie Staatsbürger sind wir nur auf dem geduldeten Papier der Reichsverfassung — haben für solche Leute auch noch die Ausbehalter zu bezahlen. Was der Volksgott sie bei der nächsten Reichstagswahl restlos hin- wegjagen.

Deutschland.

Dresden, 3. April. Die Sozialdemokratische Groß-Dresdens fordert ihre Genossinnen und Genossen auf, zu öffentlichen Kundgebungen gegen den Justizordn. Dr. Reigner und den Freis- spruch der Räteversammlung. Der Verteidiger im Reigner-Prozess, Rechtsanwalt Dr. Franz Dortmund, wird in einer der vier auf Montag anberaumten Versammlungen sprechen.

Berlin, 3. April. Um den Ankauf norddeutscher Besi- zungen durch deutsche Käufer zu verhindern, hat die dänische Regierung jetzt zu einem neuen Mittel gegriffen. Sie verweigert den Käufern, auch wenn der Kauf bereits abgeschlossen ist, einfach die Ausfuhrbescheinigung, so daß diese gestungen sind, den erworbenen Besitz wieder zu veräußern.

Die Münchener Presse zum Urteil im Hitlerprozess.

München, 2. April. Die Bayerische Volkspartei-Korre- spondenz schreibt zu dem Volksgerichtsurteil im Hitlerprozess u. a.: Man muß zu dem Urteil kommen, daß hier ein Urteil gefällt worden ist, das dem Rechtsgefühl in keiner Weise gerecht wird, weil die Straftat und das Objekt der Straftat einerseits und das Strafmaß andererseits in keinerlei Verhältnis zueinander stehen. Das Gericht hat von dem Recht, Ver- währungsstrafen zu gewähren, in sehr reichlichem Umfang Gebrauch gemacht. Es hat mit diesem Mittel die Strafen de facto praktisch aufgehoben, obwohl keinerlei Gewähr gegeben ist, daß die Beurteilten die Voraussetzungen für die Bewährungsfrei- tigkeit erfüllen. Das Gericht hat sich auf den Standpunkt gestellt, daß die Sache Ludendorff einen Sonderfall darstellt. Der Freispruch des Generals läßt sich nur bei Anerkennung eines solchen Sonderfalles einigermaßen verstehen. Der Freis- spruch wird von aller Welt als für den überführten Ludendorff angesehen. Dem Politiker Ludendorff gerecht der Freispruch, wie alle Dinge, die er in der Politik unternommen hat, nicht zum Ruhme.

Ludendorff als Wahlredner.

Aus München wird gemeldet: Zum erstenmal nach dem Hitler-Prozess erschienen am Mittwochabend Ludendorff, Oberamtmann Reich, Hauptmann Köhm und Oberleutnant Bräuner in der Bismarckstraße des Frontkämpferbundes in Mün- chen. Ludendorff ergriff das Wort und sagte unter anderem: „Die Ereignisse des 9. November 1923 und der Gerichtspro- zess vom 1. April 1924 haben mir von neuem gezeigt, daß eine Ein- bekenntnis sofort nicht möglich ist. Der Kampf gilt jetzt der moralisch-jüdischen Weltanschauung und der ultramontanen Götze. Die Frontkämpfer an der Front, die Frontkämpfer haben mich im Felde nie im Stich gelassen. Heute verlange ich Mitarbeit, Ein- und Unterordnung in die völkische Bewegung.“

Neue Beweise für Voinears Kriegsschuld.

Berlin, 3. April. Im „Berliner Tageblatt“ wurden heute neue Dokumente aus dem ersten Balkanrieg veröffentlicht. Es sind in der Deutsche Geheimdienstreue „Jowoff“, die ihn im Einvernehmen mit dem jordan zum Minister des Aus- wärtigen gewordenen Voinears zeigen, und abertausend erörtern, mit welchem Eifer beide den Krieg geführt haben und beflissen gewesen sind, damals England in ihn hineinzuziehen. Ganz erregt zeigen sich beide, daß man aufeinander in Russland nicht schon im Dezember 1912 militärische Vorbereitungen gegen Oesterreich und Deutschland trifft, woraus dann unter dem 18. Dezember 1913 von Herrn Soffonow die beruhigende Ver- sicherung eintrifft, daß das doch geschehen ist. Diese Dokumente zeigen, daß Europa schon 1912 am Abgrund des Weltkrieges stand. Es ist durchaus zutreffend, wenn das „Berliner Tage- blatt“ in diesem Zusammenhang sagt: „Die größte Bedrohung für den Frieden bestand zweifellos darin, daß es Jowoff gelun- gen war, Voinears ganz zu seinen Genossinnen zu machen.“

Einwandfreie Zeugen.

Einer von zwei englischen Zeugen, die sich im letzten Pro- zess nach Deutschland begaben haben, um die Lage der deutschen Kinder zu untersuchen, erklärte gegenüber einem Vertreter des „Manchester Guardian“ über die von ihm gewonnenen Ein- drücke, daß im allgemeinen die Lebensverhältnisse unter der deutschen Arbeiterkass und im Mittelstand beträchtlich schlim- mer als in England seien. Eine angesehene Lebenshaltung sei allgemein unmöglich. Nur selten sehe man ein Kind, das körperlich tauglich aussehe. Der britische Arzt wies auch auf die sehr schlimme Lage des deutschen Bergesandes hin und er- klärte, es würde sehr schade sein, wenn das britische Volk auf- höre, Hilfe zu leisten. Die Not in Deutschland sei im Gegensatz zur Ansicht der meisten Leute in England groß.

Die Weltmarktpolitik in Deutschland.

wird immer drückender. Die Kruppwerke haben vor einigen Wochen eine Anleihe mit voller Sicherheit zu 6 Prozent öfent- lich ausgelagt, haben aber die schönen Zinnscheine zum größ- ten Teil in ihrem Portefeuille zurückbehalt. Inzwischen sind die eben rar und noch kaum jemand in der Lage ist, größerer Er- spornisse auf die hohe Kante zu legen. Die sächsischen Werke sind ebenfalls mit einer Goldanleihe auf den Markt gekommen und haben gleich 10 Prozent Verzinsung geboten, aber selbst unter diesen Bedingungen war kein voller Erfolg zu erzielen. Die großen Gesellschaften organisieren eigene Geldschaffungs- stellen, die Darlehen zu wahren Valutaforderungenbedingungen aufnehmen, damit nur der Reich nicht sehen kann, was

einer der größten chemischen Fabriken Deutschlands wieder be- kannt, daß sie die privaten Einlagen zur Zeit mit 14 bis 15 Prozent verzinst, ein Zinssfuß, den man früher kaum in irgend einem ruinierteren Vorkriegsstaat gekannt hat. Mit ähnlichen Sorgen hat heute auch jeder große Landwirt zu kämpfen, der um des Vaterlandes willen, um der Volksernährung willen in in- sio wirtschaften will, aber nicht weiß, wo er das Geld für den Kaufdünger hernehmen soll. Der Meteorologe ist fast abhän- gig unter die Erzeugerlisten geplatzt. Kein Deutscher wird dieses Elend durch die Bitter einer anderen Produktion be- lenchtet, die des Bergbaues. Infolge der unsere staatliche Er- füllungspolitik kränkelnden Ricard-Verträge sind von je zwei Tonnen 2,40 Tonnen auf Reparation zu leisten, dazu noch 13 Tonnen für Lebensmittelforschung und Deputations- kommen, so daß nur 6,5 Tonnen von 100 für den Verkauf verfügbar bleiben. Auch die Abzahlung der russischen Kof- lensteuer muß verrechnet werden. So ergibt sich denn das Un- geheuerliche, daß unser Ruhrkohlenbau heute auf die Tonne einen Verlust von 527 Mark zu buchen hat und sich — damit nicht die Arbeiter auf die Straße gerufen werden müssen — die deutsche Wirtschaft zum Erliegen kommt — nicht anders zu helfen weiß, als zu Bankersinsen Darlehen aufzunehmen.

Ausland.

London, 3. April. MacDonald erklärte auf Anfrage im Unterhaus, daß England sich alle Rechte gegenüber den Ricard- Verträgen vorbehalten habe. — Ramsay MacDonald erklärte vorgestern im Unterhaus, daß die Vereinigten Staaten als Entschädigung für die Torpedierung der „Lusitania“ von Deutschland einen Betrag von 2000 000 Dollar beanspruchten.

Washington, 3. April. Gegen den Petroleummagazin- Sinclair ist ein Antrag wegen Verletzung des Geschäfts- erlöses in der Angelegenheit des Petroleumskandals zurück- abgelegt.

Oesterreich unter dem Druck der Kette.

Wien, 2. April. Auf eine sozialdemokratische Anfrage im Reichsausschuß wegen einer Plättchenentlastung, wonach die Reparationskommission einen größeren Betrag aus dem Verkauf der staatlichen Montanwerke in Tirol beanspruche, erklärte der Bundeskanzler, daß ein solcher Beschluß von der Repara- tionskommission wohl gefaßt sein dürfte, wenn auch eine amtliche Mitteilung darüber noch nicht vorliegt. Die formelle Zu- stimmung der Reparationskommission sei bei jeder Bereicherung staatlichen Besitzes notwendig, da dieser unter Reparations- zwang liege. Oesterreich sei schon seit längerer Zeit mit den Kosten für die Reparation im Rückstand. So erachte die Reparationskommission wohl jetzt den Zeitpunkt für gekommen, sich den Beitrag für die Erhaltung der Kommission zu sichern. Ferner sollten aus dem Verkauf der Montanwerke noch zwei Forderungen wenigstens zum Teil beglichen werden. Es handle sich um die Vorkriegsschuld an England, zu dessen Be- zahlung Oesterreich mit einem bestimmten jährlichen Betrag verpflichtet, aber ebenfalls im Rückstand sei. Aus dem vorlie- genden Fall des Verkaufes der Montanwerke für alle vorkom- menden Bereicherungen staatlichen Besitzes einen Präzedenzfall zugunsten der Forderungen der Kette zu machen, davon könne keine Rede sein. Die „Neue Freie Presse“ bemerkt zu dieser Angelegenheit, daß Ausland demüße jede politische oder wirt- schaftliche Erholung Oesterreichs, um es an die Kette zu er- innern, in die es durch den Friedensvertrag gezwungen wurde.

West-Orientierung der italienischen Außenpolitik.

Rom, 3. April. Die italienische Regierung hat laut „Tri- buna“ beschlossen, im Süden Sardiniens eine wichtige Trün- gungs- und Versorgungsstation für die italienische Ma- rine zu errichten. Es wurde ein Anlauf des Hafens von Cagliari in einem Rasthaus vorgesehen, der es der italienischen Marine erlaubt, mit einer erhöhten Anzahl von Kriegsschiffen in dem Hafen zu landen. Eine zweite ebenso wichtige Station wird weithin von Cagliari in der Nähe von Carloforte, Insel San Pietro, errichtet. Ferner wird die Regierung der Insel Sizilien mehr als bisher ihre Aufmerksamkeit widmen. Die „Tribuna“ bemerkt, daß die Regierung jetzt nach dem Sturz der Sabotage nicht mehr nur dem adriatischen Meer ihre Aufmerksamkeit schenken könne, sondern daß sie auch ihr Augenmerk dem mittelländischen Meer zuwenden müsse.

Poincare in der Verteidigung. — Varnhagen. — Unterbrechung der Sitzung.

Paris, 2. April. Die Kammer setzte die Besprechung der Interpellationen über die allgemeine Politik der Regierung fort. Der unabhängige Abgeordnete Lacoste, der früher wiederholt Poincare in seiner Rede angegriffen hatte, war heute der erste Redner. Poincare verließ unter Protest die Kammer, Lacoste erklärte, daß er nur sprechen werde, wenn der Mini- sterpräsident zurückgekehrt sein werde, aber Poincare folgte dieser Aufforderung nicht. Lacoste begann dann schließlich seine Rede, doch erklärte er, daß Poincare nunmehr seine letzte Karte ausspielen. Frankreich betreibe heute keine andere Poli- tik, als die, die es schon früher betrieben habe, nur werde diese durch einen Ueberpatriotismus unerträglich gemacht. Kir- mand glaube daran, daß Deutschland bezahlen werde. Das ge- gemärdete Kabinett sei nunmehr das Reichsministerium. Der Abgeordnete Durfon beschwerte sich in der Begründung seiner Interpellation über die Mißstände bei gewissen Volkswirt- schaftlichen. Besonders beklagte er, daß in dem Prozeß der Kommunisten, die gleichzeitig mit dem Beginn der Ruhrbe- zung verhaftet worden seien, falsche Dokumente eine eindeu- tige Rolle gespielt hätten. Er forderte, daß solche Zustände gründlich abgeschafft werden. Dann sprach Poincare und er- örterte die Motive, die ihn zur Bildung seines neuen Kabi- netts geführt hätten. Nach dem Ministrenvotum der Kammer sei nichts anderes übrig geblieben, als daß das ganze Kabinett und nicht nur der frühere Ministerpräsident, sondern auch

Warengeschäft, Faktor- u. Modest bei Hermann Joh. Kappler.

Sur Confirmation

Feinster gebrannter Kaffee

von 2.80 an

Garantiert reiner Kaffee

von 1.20 an

Feinste indische Tee's

von 4.- an

B

ontiert hätte. Wenn Poincaré nur seine persönlichen Interessen in Betracht gezogen hätte, so wäre er nicht mehr Ministerpräsident geworden. Zahlreiche Parlamentarier und die Präsidenten der beiden Kammern hätten ihn zur Bildung eines neuen Kabinetts gedrängt. Sie hätten mit dem früheren Kabinettsmitgliedern der Kammer vorgeschritten, sei unmöglich gewesen. Er habe seine früheren Ministerkollegen nicht verraten. Wenn die Kammer glaube, daß er Unrecht getan habe, ein neues Ministerium zu bilden, so solle sie dies sagen. Er würde dann die Konsequenzen daraus ziehen. Er wolle sich, wenn er demissionierte, nur von einer schweren Last befreit fühlen. Bezüglich des früheren Ministers des Innern, Roumieu, erklärte Poincaré, daß dieser das Opfer von Verleumdungen gewesen sei, die aber an ihn nicht herantrifften. Poincaré hätte nur gewünscht, ihn im Kabinet zu behalten. Da dies aber unmöglich gewesen sei, alle seine früheren Ministerkollegen in das neue Kabinet zu übernehmen, habe er es vorgezogen, alle zu verabschieden außer den beiden unmittelbaren Mitarbeitern in der Rubrikfrage. Das neue Ministerium sei ein Kabinet der republikanischen Konzentration und der nationalen Einheit. Für alle seine Ministerkollegen werde ein Gesetz ein Gesetz sein und die von der Kammer beschlossenen Gesetze würden durchgeführt werden. Poincaré besprach dann die Rede des Abgeordneten Fouquet von gestern und warf diesem vor, daß er wiederholt seine Ansichten geändert habe. Niemand solle sich darüber wundern, daß er Minister gewählt habe, die früher gegen ihn gestimmt hätten. — Poincaré bedauert zum Schluß, daß Fällungen im Kommunismus vorgekommen seien. Der Kriegsminister Maginot wollte in einem Zwischenruf das Kriegsministerium gegen die Vorwürfe in Schutz nehmen. Dies führt zu unangehören Lärmens, die so stark werden, daß die Sitzung unterbrochen werden muß.

Bei Wiedereröffnung der Sitzung erklärte der kommunistische Abgeordnete Verthou, er lasse sich nicht gefallen, von dem Kriegsminister „ein Abbeolot der Deutschen“ genannt zu werden. Jaurès sei auch ein Abbeolot Deutschlands genannt worden und wegen dieser Bezeichnung habe man ihn ermordet. Es sei ausgeschlossen, daß ein Kriegsminister sich herausnehmen könne, Mitglieder der Kammer zu beleidigen. Poincaré wollte hierauf seine Rede fortsetzen und hatte bereits die Rednertribüne bestiegen. Aber der kommunistische Abgeordnete Lafont antwortete dem Kriegsminister. Es kam zu einem unbeschreiblichen Lärm. Lafont wurde wiederholt zur Ordnung gerufen und der Präsident beantragte gegen ihn die Justiz zu verhängen. Lafont bestieg nun die Tribüne, die Poincaré verlassen mußte. Lafont erklärte, daß es unmöglich sei, daß Abgeordnete vom Kriegsminister beleidigt würden. Daraus wurde die Justiz gegen Lafont angeordnet. Dieser mußte den Saal verlassen und Poincaré konnte nunmehr seine Rede fortsetzen. Die auswärtige Politik des neuen Kabinetts werde dieselbe sein, wie die des alten. Selbst wenn man fordern sollte, daß Frankreich die Ausbeutung seiner Völker ändern wolle, bestele kein Anlaß, daß Frankreich vor völliger Jablung aus dem Rubrikgebiet sich zurückziehe. Andere Völker wären möglich, aber sie wären nicht unmittelbar im Machtbereich der Alliierten gelegen. Bei völliger Jablung solle das Rubrikgebiet geräumt werden. Ferner gab Poincaré folgende wichtige Erklärung: Es ist möglich, daß aus Anregungen gegeben werden, das Rubrikgebiet in anderer Weise auszubilden oder unser Pfand in den Kabinet der allgemein gehaltenen Völker einzustellen. In diesem Fall werden wir unser Pfand nicht behalten und werden nur austauschen wenn es gegen bessere Pfandmittel geschehen kann.

In Kammerreden wurde diese Erklärung Poincarés dahin ausgelegt, daß er zwar die militärische Leistung des Rubrikgebietes beibehalten wolle, daß er aber gegen die wirtschaftliche Rückgabe des Rubrikgebietes an Deutschland, welche die Sache verhängen vorschlägt, nichts einzuwenden habe. Poincaré sprach sodann über das Ergebnis der Ruhrkriegung. Man könnte annehmen, daß diese 3 Milliarden ein Leben wüßte. Bezüglich der Ruhrverhandlungen machte er die Andeutung, daß er als Ministerpräsident und Außenminister die Verhandlungen selbst führen würde, daß er aber glücklich sein werde, zu seiner Seite Männer zu haben, welche die Reparationsfrage kennen. Damit wird angedeutet, daß Loucheur und de Jouvenelle an den künftigen Verhandlungen teilnehmen werden. Poincaré erklärte noch, daß er eine Herabminderung der Reparationssumme nicht zulassen werde. Wenn Deutschland seine Verpflichtungen sich entziehen würde, müßten alle Alliierten einen Druck ausüben. An eine ungestört lange Besetzung des linken Rheinstroms sei nicht gedacht. Frankreich sei gegenüber Deutschland immer gerecht gewesen, aber Deutschland mache alle Anstrengungen, um sich seinen Verpflichtungen zu entziehen.

Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.

Reutlingen, 3. April. (Von der Eisenbahn.) Es ist den Zeitfahrern in der Regel nicht bekannt, daß die Wochenkarten schon ab Freitag zum Voraus für die kommende Woche gelöst werden können. Bei der Vorauslösung müssen am Freitag und Samstag die Wochenkarten mit der verschlossenen Karte dem Schalterbeamten übergeben werden, um denselben die Prüfung der noch für die laufende Woche gültigen Karte erwidern zu können. Die Karte wird von dem Beamten entnommen und die neue Karte eingeklebt, letztere hat schon am Freitag und Samstag Gültigkeit, auch wenn sie die neue Wochennummer trägt. Zeitkarten können aber nur vorausgelöst werden, wenn der Reisende schon seitdem im Besitze einer Zeitkarte für die gleiche Strecke und Klasse ist. Eine mäßige Lösung von Zeitkarten sind nur innerhalb der Geltungsdauer der Zeitkarte möglich.

Vom Sonntag, den 6. April, ab werden die Rahmen mit den Schiffseln verkauft, die Reisenden haben die Zeitkarte innerhalb der Geltungsdauer selbst einzulösen, also vom 6. April ab werden die Wochenkarten dem Reisenden wie früher verkauft, derselbe hat vom Sonntag ab die Karte selbst vorauszunehmen und einzulösen. Daraus wird noch besonders auf das Lichtbild aufmerksam gemacht, welches sich unter der Hellaloidschicht befinden muß, die Karte dagegen oben. Um den Schiffseln herausnehmen zu können, ist derselbe nach unten zu drehen, eingeführt wieder von unten nach oben. Die Lichtbilder entsprechen diesem der Vorrichtung nicht. Derselben sind zu klein und oft sehr unbestimmt. Die Lichthöhe muß mindestens 2 Zentimeter sein, soll aber bei Restaurierung mindestens 3 bis 4 Zentimeter betragen. Lichtbilder, welche häufig nicht vorrichtig angefertigt sind, müssen zurückgewiesen werden und der Reisende wird als solcher ohne gültige Fahrkarte behandelt. Es liegt im Interesse eines jeden einzelnen, sich ein vorrichtig angefertigtes Lichtbild zu verschaffen, um so sich Unannehmlichkeiten zu ersparen.

Vom Sonntag, den 6. April, werden auf den Stationen Reutlingen-Bf. und Stadthofhof Sonntags-Rückfahrkarten 4. Klasse nach Bad Teinach, Wildbad, Biorheim und Stuttgart-Bf. ausgeben. Die Preise sind Bad Teinach 1.40 RM. (sonst 2.20 RM.), Wildbad 60 Pf. (sonst 1.00 Pf.), Biorheim 60 Pf. (sonst 1.00 Pf.), Stuttgart 2.20 Mark (sonst 4.20 Mark) und können schon Sonntags von 12 Uhr mittags ab zur Verfügung, dagegen erst Sonntags zur Rückfahrt benötigt werden.

Württemberg.

Verheim, 3. April. (Die alte Geschichte.) Die 16jährige Tochter Verta der Familie Dögele zum „Schichthaus“, die seit einigen Tagen der Verwandten auswärts weilt und nun wieder nach Hause reisen wollte, stieg in Stuttgart in den falschen Zug ein. In spät ihren Resten bemerkend, sprang sie aus dem Wagen des abfahrenden Zuges und kam unter die Räder. Am andern Morgen fand man sie tot.

Rebenhausen, 3. April. (Der Postbote als Nachfolger.) Ein ungewöhnliches, aber doch warmes und billiges Nachfolger suchte sich ein zugewandter Dandverleumdung. Er kroch in den Gemeindefriedhof und ruhte sanft, bis am andern Morgen eine Frauensperson kam, um den Ofen zum Baden fertig zu machen. Entschieden verließ diese das Badhaus und auch der Wanderer erhob sich von seinem harten Lager und rüßte sich zur Weiterreise.

Wäßen a. N., 3. April. (Das Schicksal einer Synagoge.) Die Synagoge, die in der Nähe der katholischen Kirche steht, wurde von Bahnarbeiter Christian Müller von hier am 1500 Mark gekauft. Müller läßt die Synagoge in ein Wohnhaus umbauen. Die israelitische Gemeinde, die in den letzten Jahren sehr zurückgegangen ist, besetzt nur noch aus 3-4 Familien, 1843 z. B. zählte Wäßen 513 Einwohner, darunter 94 Katholiken und 115 Israeliten. Innerhalb 60 Jahren sank die israelitische Bevölkerung von 130 auf kaum 30 herab. Die Israeliten sind in die Großstädte abgewandert.

Wassertrüben, 3. April. (Der Tod trauer Freunde.) Auf eine Anzeige hin sollten die beiden Welfenbunde der Firma Gebr. Müller erschossen werden. Einen Hund löstete er selber selbst, den anderen der Landjäger. Der angefertigte Hund fand nach dem letzten Schuß noch am Fleiß und mußte schließlich mit einem Stach Holz erschlagen werden. Daß solche Fälle die Schutzmaßnahmen gegen die Tollwut nicht beeinträchtigen, liegt auf der Hand.

Tuttlingen, 3. April. Für die Oberämter Balingen, Dorn, Oberndorf, Rotweil, Spadingen, Sulz und Tuttlingen. 9. Wahlkreisverband hat die Sozialdemokratie als Spitzenkandidaten den Vorsitzenden des Metallarbeiterverbandes Eggert-Stuttgart aufgestellt. Als Bezirkskandidaten wurden bestimmt: Waltermeier Schott-Dorn, Buchhändler Bauer-Schwabmühl, Oberlehrer Gmbe-Schwabmühl, Gewerkschaftsleiter Lorenz-Tuttlingen, Schneidermeister Samann-Tuttlingen.

Heilbronn, 3. April. (Der Wert der Kriegsmelche.) Kommt da dieser Tage ein Bub aus die Oberamtsparkasse mit einem Interlegenschein für Kriegsanleihebesitzer eines Vaters, die er zurückerfordert. Der Direktor gab ihm zur Antwort, da müsse er den Empfang unterschreiben lassen. Das habe aber doch gar keinen Wert, sein Vater könne die Stücke ja doch nicht verkaufen, wocan der Bub erwiderte: Mein Vater braucht sie aber, um mir einen Tröden daraus zu machen.

Heilbronn, 2. April. (Eine Ergrü.) Der Kommandant der Heilbronner Feuerwehr, Gustav Binder, war anlässlich seines 70. Geburtstages der Gegenstand einer öffentlichen Ehrung, an der die ganze Bevölkerung Anteil nahm. Die Feuerwehr brachte ihrem Kommandanten einen Fackelzug dar. Im Rathaus fand eine Festigung statt, bei der Oberbürgermeister Bestinger den einstimmigen Beschluß des Gemeinderates mitteilte, eine Straße und einen Platz nach Gustav Binder zu benennen.

Heilbronn, 3. April. (Vom Zug überfahren.) Vor den von Würzburg kommenden beschleunigten Personenzug, der abends 6 Uhr hier eintrifft, warf sich eine bis jetzt noch unbekannte Frau kurz vor der Einfahrt in den Bahnhofs auf die Schienen, so daß ihr der Kopf vollständig abgehauen wurde. Die Frau dürfte im Alter von 35 bis 40 Jahren stehen.

Baden.

Karlsruhe, 3. April. Vom 2. bis 30. April findet hier eine Weltausstellung des badischen Handwerks statt. Sie soll ein Prunkstück sein, so das badische Handwerk jetzt schon in allen Stufen, energisch und erfolgreich am Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft mitanzuwirkeln. Die Ausstellung liefert dazu etwa 300 Aussteller genügend Beobachtungsmaterial dafür.

Waldsee, 3. April. In Waldseebach stieß das fährige Rind des Züglers Alois Link einen am Räderboden stehenden Dänen mit heißen Wasser um und verbrühte sich dort, daß es eine Woche darauf seinen Verletzungen erlag.

Schiltach, 3. April. Der 14 Jahre alte Sohn Paul des Werkmeisters Schamm in Lebersdorf sprang auf das Verbindungsgelände zwischen einem Auto und seinem Anhängerwagen und fuhr eine Strecke weit mit. Als er in der Nähe der letzten Bohrung absteigen wollte, kam er mit beiden Beinen unter die Räder des mit Stroh beladenen Anhängerwagens und blieb schwer verletzt liegen. Im Krankenhaus mußte ihm ein Bein oberhalb des Kniegelenks amputiert werden. Auch das andere Bein ist erheblich verletzt.

Bermischtes.

Eine Schär. Der Fuhrmann Johann Rau aus Muffingen, der am 8. Dezember v. J. zwischen Muffingen und Truchsessingen wegen Nichtbeleuchtung eines Fuhrwerks den Fuhrmann mit einem Motorrad verunfallt hatte, wobei Fuhrmann Hermann Drecher von Darmstadt so schwer verletzt wurde, daß er später starb, während der Reichsanwalt Weiger mit einer schweren Kopfverletzung davonkam, wurde von der Strafkammer Muffingen zu 3 Wochen Gefängnis und zur Tragung der Kosten verurteilt.

Die gefährlichen Trommler. Der Delegierte der Rheinlandkommission im Kreise Worms hat auf Anfrage mehrerer Vereine daran erinnert, daß im besetzten Gebiet jeder Vereinstrom ohne Rücksicht auf das Alter der Mitglieder verboten ist, diesen irgendwie militärische Unterweisung zu erteilen. Daher seien Marschübungen unter Verwendung von Trommeln und Pfeifen für die Folge untersagt. Übungen mit diesen Instrumenten können nicht erlaubt werden.

Ein Liebesdrama. Spaziergänger in Koburg fanden am Eckardtsberg ein Totenbild, auf dem geschrieben stand: „Erbornt auch der Unglücklichen im Gartenhaus“. Dort fand man mit Schaufeln den 26 Jahren alten Studenten Reichel. Sohn eines Eisenbahningenieurs in Gotha, die 10 Jahre ältere Krankenschwester Ritter aus Gotha, die schon tot war. Nach hinterlassenen Aufzeichnungen scheint der Mord aus Selbstmord im Einverständnis wegen der ehelichen Hindernisse geschehen zu sein. Die Krankenschwester war tags zuvor schon tot, während der Student erst am Tage darauf Selbstmord beging, nachdem er die Nacht noch bei der Leiche geschlafen war und sie mit Frühlingssamen geschnitten hatte.

Haube und Berche.

Stuttgart, 3. April. (Landesproduktentwerfer.) Auf dem Getreidemarkt sind keine Veränderungen eingetreten. Es notierten je 100 Kilo: Weizen 20-20,25, Sommergerste 21-21,5, Hafer 14,25 bis 14,75, Weizenmehl Nr. 0 29,25-30, Vrotmehl 26,25-27, Kleie 10-10,50, Weizenha 9,5-10, Riechen 10-11, drahtgepreßtes Stroh 6-6,50 M.

Sonntag, 3. April. Dem Donnerstagmarkt am Gieb- und Schlachthof waren zugeführt: 54 Ochsen, 27 Bullen, 81 Junghennen, 82 Kühe, 395 Kälber, 421 Schweine, 27 Schafe und

1 Ziege. Erlös aus je 1 Hb. Lebendgewicht in Goldspf.: Schafe 1. 41-46 (letzter Markt: 39-43), 2. 28-38 (36-34), Bullen 1. 34 bis 37 (32-35), 2. 26-30 (24-29), Junghennen 1. 45-49 (43 bis 47), 2. 36-42 (35-40), 3. 26-34 (26-33), Kühe 1. 29-34 (28 bis 33), 2. 18-26 (una.), 3. 12-17 (11-17), Kälber 1. 85-97 (54-56), 2. 48-53 (47-51), 3. 40-46 (38-44), Schweine 1. 67 bis 70 (64-67), 2. 63-66 (60-62), 3. 57-61 (53-58). Verkauf wurde allen. Verlauf des Marktes: belebt bei schwacher Zufuhr.

Neuere Nachrichten.

München, 3. April. Der Verband der österreichischen Bezirksvereine von München hat der Staatsanwaltschaft einen Antrag auf Strafverfolgung für die im Hitler-Prozess Beurteilten unterbreitet mit der Begründung, daß diese deutschen Männer aus reinem Herzen und glühender Vaterlandsliebe gehandelt hätten. — Es bestätigt sich, daß die Kreisregierung von Oberbayern gegen Pöchner und Feil die Einleitung eines Disziplinarverfahrens veranlaßt hat.

München, 3. April. In der vergangenen Nacht ist der etwa 30 Jahre alte Bäckermeister Ebers in der Alexanderstraße in seinem Bett vom Einbrecher erschlagen worden. Das im Zimmer schlafende Tochterchen des Bäckermeisters wurde durch schwere Schläge auf den Kopf getötet. Die Tageskasse, die Ebers stets mit sich schlief, wurde zu nehmen pflegte, wurde geraubt. Die Polizei vermutet, daß es sich um zwei Täter handelt und hat bereits mehrere Verhaftungen vorgenommen.

Berlin, 3. April. Der Reichswehrminister hat das Spielen der Militärkapellen bis zum 4. Mai 1924 einschließlich bei allen öffentlichen und geschlossenen Veranstaltungen von Parteien und Bänden und anderen Organisationen verboten, um gerade jetzt in der Wahlzeit auch den Anschein irgendwelcher politischer Betätigung der Reichswehr zu vermeiden. Ausgenommen von dem Verbot im Konzert, sowie Mitwirkung der Militärkapellen bei Wohlthätigkeitsveranstaltungen, soweit es sich bei diesen um rein musikalische Aufführungen handelt.

Berlin, 4. April. Wie die Blätter zu den gestrigen Verhandlungen des Reichswehrministeriums mit den Vertretern der Eisenbahnorganisationen über die Regelung des Lohnes für die Eisenbahnarbeiter noch mitteilen, wurde eine Kohlenzulage im Durchschnitt von 15 Prozent vereinbart. Außerdem erklärte sich die Parteien mit Änderungen an verschiedenen sozialen Bestimmungen des Tarifvertrages einverstanden. Die Verhandlungen unterliegen noch der Zustimmung des Reichskabinetts.

Berlin, 4. April. Während die Kegelbege der Schiedspruch im Buchdruckergewerbe, der einen Spitzenlohn von 30 RM vorsteht, angenommen haben, haben ihn gestern die Organisationsvertreter der Buchdrucker einstimmig abgelehnt. Sie beharren auf ihrer Forderung nach Zahlung eines Wochenlohnes von 35 RM. Die Arbeitgeber werden jetzt wahrscheinlich die Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruches beantragen, worüber dann weitere Verhandlungen notwendig sind. Der sofortige Ausbruch eines Kampfes im Berliner Buchdruckergewerbe ist daher nicht zu befürchten.

Berlin, 3. April. Die Schwierigkeiten, die die im Januar erfolgte Freigabe der Einfuhr von Rohm für die Durchführung der Schloßgrabenverbote mit sich brachte, haben den Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft veranlaßt, die Einfuhr von Rohm (sich und in luftdicht verschlossenen Behältern) ab 1. April erneut zu sperren. — In einigen Zeitungen ist behauptet worden, daß bei dem Inzidenzfall, der sich im Anschluß an die Trauerfeier für den Kaiserjäger Wilhelm Dreger ereignete, ein aktiver Reichswehrsoldat in Still beteiligt gewesen und verkauft gewesen sei. Nach den amtlichen Feststellungen ist diese Behauptung unrichtig. — Laut „Berliner Tageblatt“ hat das Berliner Bankhaus Janßen u. Bräuer wegen Zahlungsschwierigkeiten beim Gericht gegen sich Gerichtsauflage beantragt. Dem Antrag wurde stattgegeben. Wie das „Berliner Tageblatt“ erfahren haben will, soll der Vatikan nicht beabsichtigen, auf die Angriffe Ludendorffs im Hitlerprozess zu erwidern.

Hamburg, 3. April. Die im Schiffahrtsbund vereinigten linksradikalen Seefahrer haben heute früh, nachdem ein großer Teil der Schiffe schon gestern verlassen hatte, die Arbeit niedergelegt. Als Grund für den Streik wird die Verweigerung gewisser Vergünstigungen aus dem Mantelstrich und die Behauptung des Fretschloßsystems durch die Reederei angeführt. Der Streik auf den Fischschiffen geht weiter. Die Arbeitnehmer lehnen den Schiedspruch des Hamburger Schlichters Dr. Stengel ab. Auf Anforderung der Hamburger und der preussischen Regierungen wurde die technische Nothilfe zur Erleichterung der Nothandarbeiten auf den Osterbahnhöfen der Eisenbahn eingeleitet.

Mel, 3. April. Das heilige Marine-Arsenal hat heute sehr Arbeiter ausgesperrt, nachdem diese am Dienstag und Mittwoch nach Beendigung der achtstündigen Arbeitszeit den Betrieb verlassen hatten. Die Arsenalverwaltung hatte vom April ab die neunstündige Arbeitszeit angeordnet.

Kopenhagen, 3. April. Das Inspektionschiff „Fylla“ hat am 1. April mehrere deutsche Fischdampfer aus Ostentunde und Cuxhaven wegen ungesicherter Fisches im Seegebiet Portland (Island) angehalten. Die Kapitäne der aufgebrachten Schiffe wurden zu je 10000 R. Geldstrafe, Verhaftungnahme der Fangegeräte und Ersetzung der Unkosten verurteilt.

Budapest, 3. April. Bei einer amtlich angeordneten Flurregelung in Mohacs kam es gestern zu blutigen Zwischenfällen. Die Menge bewarf die Gerichtsperlen und die in ihrer Begleitung befindlichen Gendarmen mit Steinen und wollte die Gendarmen entlocken. Die bedrängten Gendarmen machten von ihrer Schußwaffen Gebrauch. Dadurch wurden vier Personen schwer verletzt. Eine in ihren Verletzungen erlag.

Paris, 4. April. Mit 408 gegen 151 Stimmen hat die Kammer gestern Nacht um 11 Uhr die Interpellationsdebatte durch die Annahme einer von dem Abgeordneten Cheron eingebrachten Tagesordnung abgeschlossen, in der sie die ministerielle Erklärung billigt und ihr Vertrauen zu der „Reparations- und Sicherheitspolitik der Regierung“ auspricht.

Paris, 3. April. Nach einer Havasmeldung aus Athen hat der griechische Ministerpräsident Panagoulas Vertretern der Opposition erklärt, daß wenn die Volksabstimmung am 13. April zugunsten der Monarchie ausfalle, an eine Rückkehr des griechischen Königs nicht zu denken sei. Die griechische Regierung beschließt, im Einverständnis mit der Nationalversammlung einen neuen Herrscher auf den Thron zu setzen.

Neapel, 4. April. Der frühere Kammerpräsident de Nicola, der auf der sozialistischen Kandidatenliste für die Wahlen stand, hat auf sozialistische Drohungen hin seine Kandidatur zurückgezogen.

Washington, 4. April. In zühenden republikanischen Kreisen gilt die Nominierung Coolidges zum Präsidentschaftskandidaten der Republikaner für sicher.

Allein Verkauf der Qualitätsmarke
Schuhhaus
B. Weigel, Pforzheim.
Ecke Dohnlagstr. 18 u. Waisenhausplatz 1.
Telephon 672.
Beste Bezugsquelle für
Straßen-, Sport- u. Gesellschafts-Schuhe.
Beachten Sie meine Auslagen!

Fortschritt-Schuhe

Kinderwagen, Sportwagen
in einfach bis hochfein.
**Kindermöbel, Ruhestühle,
Koffer und Lederwaren**
in gediegener Ausführung kaufen Sie billig bei
Wilh. Bross, Pforzheim,
Ecke Zerkowstrasse und Baumstrasse.

Stuttgart, 3. April. Der Ministerpräsident hat die Ministerkollegen in der Rubrikfrage zu verabschieden. Er hat seine früheren Ministerkollegen nicht verraten. Wenn die Kammer glaube, daß er Unrecht getan habe, ein neues Ministerium zu bilden, so solle sie dies sagen. Er würde dann die Konsequenzen daraus ziehen. Er wolle sich, wenn er demissionierte, nur von einer schweren Last befreit fühlen. Bezüglich des früheren Ministers des Innern, Roumieu, erklärte Poincaré, daß dieser das Opfer von Verleumdungen gewesen sei, die aber an ihn nicht herantrifften. Poincaré hätte nur gewünscht, ihn im Kabinet zu behalten. Da dies aber unmöglich gewesen sei, alle seine früheren Ministerkollegen in das neue Kabinet zu übernehmen, habe er es vorgezogen, alle zu verabschieden außer den beiden unmittelbaren Mitarbeitern in der Rubrikfrage. Das neue Ministerium sei ein Kabinet der republikanischen Konzentration und der nationalen Einheit. Für alle seine Ministerkollegen werde ein Gesetz ein Gesetz sein und die von der Kammer beschlossenen Gesetze würden durchgeführt werden. Poincaré besprach dann die Rede des Abgeordneten Fouquet von gestern und warf diesem vor, daß er wiederholt seine Ansichten geändert habe. Niemand solle sich darüber wundern, daß er Minister gewählt habe, die früher gegen ihn gestimmt hätten. — Poincaré bedauert zum Schluß, daß Fällungen im Kommunismus vorgekommen seien. Der Kriegsminister Maginot wollte in einem Zwischenruf das Kriegsministerium gegen die Vorwürfe in Schutz nehmen. Dies führt zu unangehören Lärmens, die so stark werden, daß die Sitzung unterbrochen werden muß.

Bei Wiedereröffnung der Sitzung erklärte der kommunistische Abgeordnete Verthou, er lasse sich nicht gefallen, von dem Kriegsminister „ein Abbeolot der Deutschen“ genannt zu werden. Jaurès sei auch ein Abbeolot Deutschlands genannt worden und wegen dieser Bezeichnung habe man ihn ermordet. Es sei ausgeschlossen, daß ein Kriegsminister sich herausnehmen könne, Mitglieder der Kammer zu beleidigen. Poincaré wollte hierauf seine Rede fortsetzen und hatte bereits die Rednertribüne bestiegen. Aber der kommunistische Abgeordnete Lafont antwortete dem Kriegsminister. Es kam zu einem unbeschreiblichen Lärm. Lafont wurde wiederholt zur Ordnung gerufen und der Präsident beantragte gegen ihn die Justiz zu verhängen. Lafont bestieg nun die Tribüne, die Poincaré verlassen mußte. Lafont erklärte, daß es unmöglich sei, daß Abgeordnete vom Kriegsminister beleidigt würden. Daraus wurde die Justiz gegen Lafont angeordnet. Dieser mußte den Saal verlassen und Poincaré konnte nunmehr seine Rede fortsetzen. Die auswärtige Politik des neuen Kabinetts werde dieselbe sein, wie die des alten. Selbst wenn man fordern sollte, daß Frankreich die Ausbeutung seiner Völker ändern wolle, bestele kein Anlaß, daß Frankreich vor völliger Jablung aus dem Rubrikgebiet sich zurückziehe. Andere Völker wären möglich, aber sie wären nicht unmittelbar im Machtbereich der Alliierten gelegen. Bei völliger Jablung solle das Rubrikgebiet geräumt werden. Ferner gab Poincaré folgende wichtige Erklärung: Es ist möglich, daß aus Anregungen gegeben werden, das Rubrikgebiet in anderer Weise auszubilden oder unser Pfand in den Kabinet der allgemein gehaltenen Völker einzustellen. In diesem Fall werden wir unser Pfand nicht behalten und werden nur austauschen wenn es gegen bessere Pfandmittel geschehen kann.

In Kammerreden wurde diese Erklärung Poincarés dahin ausgelegt, daß er zwar die militärische Leistung des Rubrikgebietes beibehalten wolle, daß er aber gegen die wirtschaftliche Rückgabe des Rubrikgebietes an Deutschland, welche die Sache verhängen vorschlägt, nichts einzuwenden habe. Poincaré sprach sodann über das Ergebnis der Ruhrkriegung. Man könnte annehmen, daß diese 3 Milliarden ein Leben wüßte. Bezüglich der Ruhrverhandlungen machte er die Andeutung, daß er als Ministerpräsident und Außenminister die Verhandlungen selbst führen würde, daß er aber glücklich sein werde, zu seiner Seite Männer zu haben, welche die Reparationsfrage kennen. Damit wird angedeutet, daß Loucheur und de Jouvenelle an den künftigen Verhandlungen teilnehmen werden. Poincaré erklärte noch, daß er eine Herabminderung der Reparationssumme nicht zulassen werde. Wenn Deutschland seine Verpflichtungen sich entziehen würde, müßten alle Alliierten einen Druck ausüben. An eine ungestört lange Besetzung des linken Rheinstroms sei nicht gedacht. Frankreich sei gegenüber Deutschland immer gerecht gewesen, aber Deutschland mache alle Anstrengungen, um sich seinen Verpflichtungen zu entziehen.

Bei Wiedereröffnung der Sitzung erklärte der kommunistische Abgeordnete Verthou, er lasse sich nicht gefallen, von dem Kriegsminister „ein Abbeolot der Deutschen“ genannt zu werden. Jaurès sei auch ein Abbeolot Deutschlands genannt worden und wegen dieser Bezeichnung habe man ihn ermordet. Es sei ausgeschlossen, daß ein Kriegsminister sich herausnehmen könne, Mitglieder der Kammer zu beleidigen. Poincaré wollte hierauf seine Rede fortsetzen und hatte bereits die Rednertribüne bestiegen. Aber der kommunistische Abgeordnete Lafont antwortete dem Kriegsminister. Es kam zu einem unbeschreiblichen Lärm. Lafont wurde wiederholt zur Ordnung gerufen und der Präsident beantragte gegen ihn die Justiz zu verhängen. Lafont bestieg nun die Tribüne, die Poincaré verlassen mußte. Lafont erklärte, daß es unmöglich sei, daß Abgeordnete vom Kriegsminister beleidigt würden. Daraus wurde die Justiz gegen Lafont angeordnet. Dieser mußte den Saal verlassen und Poincaré konnte nunmehr seine Rede fortsetzen. Die auswärtige Politik des neuen Kabinetts werde dieselbe sein, wie die des alten. Selbst wenn man fordern sollte, daß Frankreich die Ausbeutung seiner Völker ändern wolle, bestele kein Anlaß, daß Frankreich vor völliger Jablung aus dem Rubrikgebiet sich zurückziehe. Andere Völker wären möglich, aber sie wären nicht unmittelbar im Machtbereich der Alliierten gelegen. Bei völliger Jablung solle das Rubrikgebiet geräumt werden. Ferner gab Poincaré folgende wichtige Erklärung: Es ist möglich, daß aus Anregungen gegeben werden, das Rubrikgebiet in anderer Weise auszubilden oder unser Pfand in den Kabinet der allgemein gehaltenen Völker einzustellen. In diesem Fall werden wir unser Pfand nicht behalten und werden nur austauschen wenn es gegen bessere Pfandmittel geschehen kann.

In Kammerreden wurde diese Erklärung Poincarés dahin ausgelegt, daß er zwar die militärische Leistung des Rubrikgebietes beibehalten wolle, daß er aber gegen die wirtschaftliche Rückgabe des Rubrikgebietes an Deutschland, welche die Sache verhängen vorschlägt, nichts einzuwenden habe. Poincaré sprach sodann über das Ergebnis der Ruhrkriegung. Man könnte annehmen, daß diese 3 Milliarden ein Leben wüßte. Bezüglich der Ruhrverhandlungen machte er die Andeutung, daß er als Ministerpräsident und Außenminister die Verhandlungen selbst führen würde, daß er aber glücklich sein werde, zu seiner Seite Männer zu haben, welche die Reparationsfrage kennen. Damit wird angedeutet, daß Loucheur und de Jouvenelle an den künftigen Verhandlungen teilnehmen werden. Poincaré erklärte noch, daß er eine Herabminderung der Reparationssumme nicht zulassen werde. Wenn Deutschland seine Verpflichtungen sich entziehen würde, müßten alle Alliierten einen Druck ausüben. An eine ungestört lange Besetzung des linken Rheinstroms sei nicht gedacht. Frankreich sei gegenüber Deutschland immer gerecht gewesen, aber Deutschland mache alle Anstrengungen, um sich seinen Verpflichtungen zu entziehen.

Bei Wiedereröffnung der Sitzung erklärte der kommunistische Abgeordnete Verthou, er lasse sich nicht gefallen, von dem Kriegsminister „ein Abbeolot der Deutschen“ genannt zu werden. Jaurès sei auch ein Abbeolot Deutschlands genannt worden und wegen dieser Bezeichnung habe man ihn ermordet. Es sei ausgeschlossen, daß ein Kriegsminister sich herausnehmen könne, Mitglieder der Kammer zu beleidigen. Poincaré wollte hierauf seine Rede fortsetzen und hatte bereits die Rednertribüne bestiegen. Aber der kommunistische Abgeordnete Lafont antwortete dem Kriegsminister. Es kam zu einem unbeschreiblichen Lärm. Lafont wurde wiederholt zur Ordnung gerufen und der Präsident beantragte gegen ihn die Justiz zu verhängen. Lafont bestieg nun die Tribüne, die Poincaré verlassen mußte. Lafont erklärte, daß es unmöglich sei, daß Abgeordnete vom Kriegsminister beleidigt würden. Daraus wurde die Justiz gegen Lafont angeordnet. Dieser mußte den Saal verlassen und Poincaré konnte nunmehr seine Rede fortsetzen. Die auswärtige Politik des neuen Kabinetts werde dieselbe sein, wie die des alten. Selbst wenn man fordern sollte, daß Frankreich die Ausbeutung seiner Völker ändern wolle, bestele kein Anlaß, daß Frankreich vor völliger Jablung aus dem Rubrikgebiet sich zurückziehe. Andere Völker wären möglich, aber sie wären nicht unmittelbar im Machtbereich der Alliierten gelegen. Bei völliger Jablung solle das Rubrikgebiet geräumt werden. Ferner gab Poincaré folgende wichtige Erklärung: Es ist möglich, daß aus Anregungen gegeben werden, das Rubrikgebiet in anderer Weise auszubilden oder unser Pfand in den Kabinet der allgemein gehaltenen Völker einzustellen. In diesem Fall werden wir unser Pfand nicht behalten und werden nur austauschen wenn es gegen bessere Pfandmittel geschehen kann.

In Kammerreden wurde diese Erklärung Poincarés dahin ausgelegt, daß er zwar die militärische Leistung des Rubrikgebietes beibehalten wolle, daß er aber gegen die wirtschaftliche Rückgabe des Rubrikgebietes an Deutschland, welche die Sache verhängen vorschlägt, nichts einzuwenden habe. Poincaré sprach sodann über das Ergebnis der Ruhrkriegung. Man könnte annehmen, daß diese 3 Milliarden ein Leben wüßte. Bezüglich der Ruhrverhandlungen machte er die Andeutung, daß er als Ministerpräsident und Außenminister die Verhandlungen selbst führen würde, daß er aber glücklich sein werde, zu seiner Seite Männer zu haben, welche die Reparationsfrage kennen. Damit wird angedeutet, daß Loucheur und de Jouvenelle an den künftigen Verhandlungen teilnehmen werden. Poincaré erklärte noch, daß er eine Herabminderung der Reparationssumme nicht zulassen werde. Wenn Deutschland seine Verpflichtungen sich entziehen würde, müßten alle Alliierten einen Druck ausüben. An eine ungestört lange Besetzung des linken Rheinstroms sei nicht gedacht. Frankreich sei gegenüber Deutschland immer gerecht gewesen, aber Deutschland mache alle Anstrengungen, um sich seinen Verpflichtungen zu entziehen.

Bei Wiedereröffnung der Sitzung erklärte der kommunistische Abgeordnete Verthou, er lasse sich nicht gefallen, von dem Kriegsminister „ein Abbeolot der Deutschen“ genannt zu werden. Jaurès sei auch ein Abbeolot Deutschlands genannt worden und wegen dieser Bezeichnung habe man ihn ermordet. Es sei ausgeschlossen, daß ein Kriegsminister sich herausnehmen könne, Mitglieder der Kammer zu beleidigen. Poincaré wollte hierauf seine Rede fortsetzen und hatte bereits die Rednertribüne bestiegen. Aber der kommunistische Abgeordnete Lafont antwortete dem Kriegsminister. Es kam zu einem unbeschreiblichen Lärm. Lafont wurde wiederholt zur Ordnung gerufen und der Präsident beantragte gegen ihn die Justiz zu verhängen. Lafont bestieg nun die Tribüne, die Poincaré verlassen mußte. Lafont erklärte, daß es unmöglich sei, daß Abgeordnete vom Kriegsminister beleidigt würden. Daraus wurde die Justiz gegen Lafont angeordnet. Dieser mußte den Saal verlassen und Poincaré konnte nunmehr seine Rede fortsetzen. Die auswärtige Politik des neuen Kabinetts werde dieselbe sein, wie die des alten. Selbst wenn man fordern sollte, daß Frankreich die Ausbeutung seiner Völker ändern wolle, bestele kein Anlaß, daß Frankreich vor völliger Jablung aus dem Rubrikgebiet sich zurückziehe. Andere Völker wären möglich, aber sie wären nicht unmittelbar im Machtbereich der Alliierten gelegen. Bei völliger Jablung solle das Rubrikgebiet geräumt werden. Ferner gab Poincaré folgende wichtige Erklärung: Es ist möglich, daß aus Anregungen gegeben werden, das Rubrikgebiet in anderer Weise auszubilden oder unser Pfand in den Kabinet der allgemein gehaltenen Völker einzustellen. In diesem Fall werden wir unser Pfand nicht behalten und werden nur austauschen wenn es gegen bessere Pfandmittel geschehen kann.

In Kammerreden wurde diese Erklärung Poincarés dahin ausgelegt, daß er zwar die militärische Leistung des Rubrikgebietes beibehalten wolle, daß er aber gegen die wirtschaftliche Rückgabe des Rubrikgebietes an Deutschland, welche die Sache verhängen vorschlägt, nichts einzuwenden habe. Poincaré sprach sodann über das Ergebnis der Ruhrkriegung. Man könnte annehmen, daß diese 3 Milliarden ein Leben wüßte. Bezüglich der Ruhrverhandlungen machte er die Andeutung, daß er als Ministerpräsident und Außenminister die Verhandlungen selbst führen würde, daß er aber glücklich sein werde, zu seiner Seite Männer zu haben, welche die Reparationsfrage kennen. Damit wird angedeutet, daß Loucheur und de Jouvenelle an den künftigen Verhandlungen teilnehmen werden. Poincaré erklärte noch, daß er eine Herabminderung der Reparationssumme nicht zulassen werde. Wenn Deutschland seine Verpflichtungen sich entziehen würde, müßten alle Alliierten einen Druck ausüben. An eine ungestört lange Besetzung des linken Rheinstroms sei nicht gedacht. Frankreich sei gegenüber Deutschland immer gerecht gewesen, aber Deutschland mache alle Anstrengungen, um sich seinen Verpflichtungen zu entziehen.

Bei Wiedereröffnung der Sitzung erklärte der kommunistische Abgeordnete Verthou, er lasse sich nicht gefallen, von dem Kriegsminister „ein Abbeolot der Deutschen“ genannt zu werden. Jaurès sei auch ein Abbeolot Deutschlands genannt worden und wegen dieser Bezeichnung habe man ihn ermordet. Es sei ausgeschlossen, daß ein Kriegsminister sich herausnehmen könne, Mitglieder der Kammer zu beleidigen. Poincaré wollte hierauf seine Rede fortsetzen und hatte bereits die Rednertribüne bestiegen. Aber der kommunistische Abgeordnete Lafont antwortete dem Kriegsminister. Es kam zu einem unbeschreiblichen Lärm. Lafont wurde wiederholt zur Ordnung gerufen und der Präsident beantragte gegen ihn die Justiz zu verhängen. Lafont bestieg nun die Tribüne, die Poincaré verlassen mußte. Lafont erklärte, daß es unmöglich sei, daß Abgeordnete vom Kriegsminister beleidigt würden. Daraus wurde die Justiz gegen Lafont angeordnet. Dieser mußte den Saal verlassen und Poincaré konnte nunmehr seine Rede fortsetzen. Die auswärtige Politik des neuen Kabinetts werde dieselbe sein, wie die des alten. Selbst wenn man fordern sollte, daß Frankreich die Ausbeutung seiner Völker ändern wolle, bestele kein Anlaß, daß Frankreich vor völliger Jablung aus dem Rubrikgebiet sich zurückziehe. Andere Völker wären möglich, aber sie wären nicht unmittelbar im Machtbereich der Alliierten gelegen. Bei völliger Jablung solle das Rubrikgebiet geräumt werden. Ferner gab Poincaré folgende wichtige Erklärung: Es ist möglich, daß aus Anregungen gegeben werden, das Rubrikgebiet in anderer Weise auszubilden oder unser Pfand in den Kabinet der allgemein gehaltenen Völker einzustellen. In diesem Fall werden wir unser Pfand nicht behalten und werden nur austauschen wenn es gegen bessere Pfandmittel geschehen kann.

In Kammerreden wurde diese Erklärung Poincarés dahin ausgelegt, daß er zwar die militärische Leistung des Rubrikgebietes beibehalten wolle, daß er aber gegen die wirtschaftliche Rückgabe des Rubrikgebietes an Deutschland, welche die Sache verhängen vorschlägt, nichts einzuwenden habe. Poincaré sprach sodann über das Ergebnis der Ruhrkriegung. Man könnte annehmen, daß diese 3 Milliarden ein Leben wüßte. Bezüglich der Ruhrverhandlungen machte er die Andeutung, daß er als Ministerpräsident und Außenminister die Verhandlungen selbst führen würde, daß er aber glücklich sein werde, zu seiner Seite Männer zu haben, welche die Reparationsfrage kennen. Damit wird angedeutet, daß Loucheur und de Jouvenelle an den künftigen Verhandlungen teilnehmen werden. Poincaré erklärte noch, daß er eine Herabminderung der Reparationssumme nicht zulassen werde. Wenn Deutschland seine Verpflichtungen sich entziehen würde, müßten alle Alliierten einen Druck ausüben. An eine ungestört lange Besetzung des linken Rheinstroms sei nicht gedacht. Frankreich sei gegenüber Deutschland immer gerecht gewesen, aber Deutschland mache alle Anstrengungen, um sich seinen Verpflichtungen zu entziehen.

Bei Wiedereröffnung der Sitzung erklärte der kommunistische Abgeordnete Verthou, er lasse sich nicht gefallen, von dem Kriegsminister „ein Abbeolot der Deutschen“ genannt zu werden. Jaurès sei auch ein Abbeolot Deutschlands genannt worden und wegen dieser Bezeichnung habe man ihn ermordet. Es sei ausgeschlossen, daß ein Kriegsminister sich herausnehmen könne, Mitglieder der Kammer zu beleidigen. Poincaré wollte hierauf seine Rede fortsetzen und hatte bereits die Rednertribüne bestiegen. Aber der kommunistische Abgeordnete Lafont antwortete dem Kriegsminister. Es kam zu einem unbeschreiblichen Lärm. Lafont wurde wiederholt zur Ordnung gerufen und der Präsident beantragte gegen ihn die Justiz zu verhängen. Lafont bestieg nun die Tribüne, die Poincaré verlassen mußte. Lafont erklärte, daß es unmöglich sei, daß Abgeordnete vom Kriegsminister beleidigt würden. Daraus wurde die Justiz gegen Lafont angeordnet. Dieser mußte den Saal verlassen und Poincaré konnte nunmehr seine Rede fortsetzen. Die auswärtige Politik des neuen Kabinetts werde dieselbe sein, wie die des alten. Selbst wenn man fordern sollte, daß Frankreich die Ausbeutung seiner Völker ändern wolle, bestele kein Anlaß, daß Frankreich vor völliger Jablung aus dem Rubrikgebiet sich zurückziehe. Andere Völker wären möglich, aber sie wären nicht unmittelbar im Machtbereich der Alliierten gelegen. Bei völliger Jablung solle das Rubrikgebiet geräumt werden. Ferner gab Poincaré folgende wichtige Erklärung: Es ist möglich, daß aus Anregungen gegeben werden, das Rubrikgebiet in anderer Weise auszubilden oder unser Pfand in den Kabinet der allgemein gehaltenen Völker einzustellen. In diesem Fall werden wir unser Pfand nicht behalten und werden nur austauschen wenn es gegen bessere Pfandmittel geschehen kann.

In Kammerreden wurde diese Erklärung Poincarés dahin ausgelegt, daß er zwar die militärische Leistung des Rubrikgebietes beibehalten wolle, daß er aber gegen die wirtschaftliche Rückgabe des Rubrikgebietes an Deutschland, welche die Sache verhängen vorschlägt, nichts einzuwenden habe. Poincaré sprach sodann über das Ergebnis der Ruhrkriegung. Man könnte annehmen, daß diese 3 Milliarden ein Leben wüßte. Bezüglich der Ruhrverhandlungen machte er die Andeutung, daß er als Ministerpräsident und Außenminister die Verhandlungen selbst führen würde, daß er aber glücklich sein werde, zu seiner Seite Männer zu haben, welche die Reparationsfrage kennen. Damit wird angedeutet, daß Loucheur und de Jouvenelle an den künftigen Verhandlungen teilnehmen werden. Poincaré erklärte noch, daß er eine Herabminderung der Reparationssumme nicht zulassen werde. Wenn Deutschland seine Verpflichtungen sich entziehen würde, müßten alle Alliierten einen Druck ausüben. An eine ungestört lange Besetzung des linken Rheinstroms sei nicht gedacht. Frankreich sei gegenüber Deutschland immer gerecht gewesen, aber Deutschland mache alle Anstrengungen, um sich seinen Verpflichtungen zu entziehen.

Bei Wiedereröffnung der Sitzung erklärte der kommunistische Abgeordnete Verthou, er lasse sich nicht gefallen, von dem Kriegsminister „ein Abbeolot der Deutschen“ genannt zu werden. Jaurès sei auch ein Abbeolot Deutschlands genannt worden und wegen dieser Bezeichnung habe man ihn ermordet. Es sei ausgeschlossen, daß ein Kriegsminister sich herausnehmen könne, Mitglieder der Kammer zu beleidigen. Poincaré wollte hierauf seine Rede fortsetzen und hatte bereits die Rednertribüne bestiegen. Aber der kommunistische Abgeordnete Lafont antwortete dem Kriegsminister. Es kam zu einem unbeschreiblichen Lärm. Lafont wurde wiederholt zur Ordnung gerufen und der Präsident beantragte gegen ihn die Justiz zu verhängen. Lafont bestieg nun die Tribüne, die Poincaré verlassen mußte. Lafont erklärte, daß es unmöglich sei, daß Abgeordnete vom Kriegsminister beleidigt würden. Daraus wurde die Justiz gegen Lafont angeordnet. Dieser mußte den Saal verlassen und Poincaré konnte nunmehr seine Rede fortsetzen. Die auswärtige Politik des neuen Kabinetts werde dieselbe sein, wie die des alten. Selbst wenn man fordern sollte, daß Frankreich die Ausbeutung seiner Völker ändern wolle, bestele kein Anlaß, daß Frankreich vor völliger Jablung aus dem Rubrikgebiet sich zurückziehe. Andere Völker wären möglich, aber sie wären nicht unmittelbar im Machtbereich der Alliierten gelegen. Bei völliger Jablung solle das Rubrikgebiet geräumt werden. Ferner gab Poincaré folgende wichtige Erklärung: Es ist möglich, daß aus Anregungen gegeben werden, das Rubrikgebiet in anderer Weise auszubilden oder unser Pfand in den Kabinet der allgemein gehaltenen Völker einzustellen. In diesem Fall werden wir unser Pfand nicht behalten und werden nur austauschen wenn es gegen bessere Pfandmittel geschehen kann.

in Goldf. 28
28-34, Bullen 1. 28
1. 45-49 (43 bis
Rübe 1. 29-34 (28
-17), Kübler 1. 35-52
-44), Schürer 1. 57
-61 (53-58). Verkauf
bei schwacher Zufuhr.

ten.

aterländischen Begrü-
schaft einen Antrag
unterbreitet mit
aus reinem Herzen
ten. — Es befähigt
den Führer und
erlaubt ist.

Nach ist der etwa 50
Kameradschaften in
Zimmer schlafende
weitere Schläger auf
bis mit ins Schlafzimmer
mügel vermietet, doch zu
mehrere Verhaftungen

er hat das Spielen der
sichtlich bei allen
Parteien und Bündis
läßt in der Wohl-
fährigen Verfügung
von dem Verbot
bei Wohlhabend-
rein musikalische

den gestrigen Verhaad-
Vertretern der
den für die Eisenbah-
ge im Durchschnitt von
sich die Parteien mit
stimmungen des Par-
unterliegen noch der

über den Schiedsprotokoll
den von 30
den die Organisations-
auf. Sie beharren auf
entlohen von 35
die Verbindlichkeiten
wobei dann weiter
berliche Ausdruck
über nicht zu befürchten
die die im Januar er-
die Durchführung der
den Reichsminister für
die Einreise von
am 1. April
tupet worden, daß
die Trauerfeier für
den aktiver Reichs-
gewesen sei. Nach
unrichtig. —
haus Janen u. Denker
gegen sich
gehen. Wie das
der Vatikan nicht
beizulegen zu erwidern
hand übermühten
ein größerer Teil
die nicht niederkniet.
gewisser Vergünsti-
gung des Reichs-
auf den Tisch
den Schieds-
ab. Auf Anforderung
angestellt wurde die
handarbeiten auf des

rsenal hat heute feier-
tag und Mittwoch nach
Betrieb verlassen hatten
neunständige Arbeit-

schiff „Tylla“ hat am
Bestimmung und
Cape Verde (Island)
Schiffe wurden zu
aggerte und Erfahrung

angordneten Flur-
inschiffen. Die
in ihrer Begleitung
die Gendarmen ent-
von ihrer Schuttwort
amer verlegt. Eine
innen hat die Kommer-
edatte durch die
eingetragenen Inge-
selle Erklärung
tions- und Sicher-
stellungs-

ang aus Athen hat der
streiter der Opposition
13. April
des griechischen Königs
benötigt, im
neuen Herrscher auf

räsident de Nicola, der
sahlen hand, hat auf
zurückgezogen.
republikanischen Kreise
entschieden haben der

ans

Pforzheim.
Walsenhausplatz 1.
672.

quelle für
sellschafts-Schube.
ne Auslagen!

Sportwagen
hochsein.

Ruhestühle,
Wiederwaren
kaufen Sie billig bei
Pforzheim,
und Baumstraße.

Württembergischer Landtag.

Stuttgart, 3. April. Im Landtag wurde heute die Beratung der Anträge über die Aufhebung der Verordnung betreffend die Aufstellung von sieben Oberamtsbezirken und des Landgerichts-Hall bei vollbesetzter Tribüne in Gegenwart sämtlicher Minister und der aus der Zeit entlassenen kommunikativen Abgeordneten Seiner und Scherz fortgesetzt. Der Abg. Reil (Soz.) beantragte, das dem Ständeausschuß zur Kenntnis gebrachte Material zu veröffentlichen. Der Abg. Bod (Ztr.) erklärte, daß seine Partei keine Ministerkürzel beziehe und durch ihren Antrag der Regierung kein Mißtrauensvotum ausstellen wolle. Der Abg. Scherz (DZB) befruchtete die Annahme des Zentrumsantrages und stellte für diesen Fall erste Konsequenzen für die Haltung der beiden demokratischen Minister in Aussicht. Er verlangte für seine Partei Zeit zur Beratung über diese Frage. Deshalb wurde die Sitzung von 11 bis 12 Uhr unterbrochen. Nach ihrer Wiederaufnahme teilte der Abg. Bäßler (ZB) mit, daß ein Brief des demokratischen Abgeordneten Henne mit, daß dieser (Scherz) und unerschütterlicher Gegner der Kurierung sei, aber weder gestern noch heute der Sitzung beigewohnt. Der Abg. Scherz (Dem.) erklärte dies damit, daß Henne am Donnerstagabend in Karlsruhe teilnehme. Staatspräsident Hieber erklärte als letzter Redner, daß, wenn die Verordnung aufgehoben werde, er auch die Vormaßnahmen auf dem Gebiete der Schulverwaltung nicht mehr verantworten könne. Dann schritt man zur Abstimmung. Der Antrag Bäßler auf Aufhebung der Verordnung wurde gegen die Stimmen der Bürgerpartei und der Deutschen Volkspartei, der Antrag Reil auf Vorlegung eines neuen weitreichenden Gesetzes gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten, der Zentralantrag Bäßler auf Aufhebung des Vollzugs der Verordnung bis nach den Wahlen gegen die Stimmen der Rechten, der Zentrumsantrag auf Aufhebung des Vollzugs bis zum 15. Juni mit 43 gegen 2 Stimmen bei zwei Enthaltungen abgelehnt. Der Minister des Innern, Wols, nahm an der Abstimmung nicht teil für den Zentrumsantrag stimmten das Zentrum und die Bürgerpartei. Der Stimme enthielten sich zwei Mitglieder der Deutschen Volkspartei. Der Antrag Reil auf Vorlegung des Aufhebungsmaterials wurde einstimmig angenommen. Sodann wurde ein Antrag des Geschäftsausschusses auf Genehmigung der Strafverfolgung von Kommunisten wegen Freßbrosens abgelehnt und hierauf die nächste Sitzung auf Freitag vormittag 9 Uhr mit der Tagesordnung. Verschiedene Anträge, unter anderem, wurde erhebt sich der Abgeordnete Bäßler und schlug vor, den heute abgelehnten Zentrumsantrag auf Aufhebung des Vollzugs der Verordnung bis zum 15. Juni, der in die Form eines Gesetzesentwurfes gefaßt war, morgen in 2. Lesung zu beraten. Präsident Walter widersprach dem, da der Entwurf abgelehnt sei, doch erklärte der Abgeordnete Bod (Ztr.) das Haus darüber auf, daß die Abstimmung geschäftsordnungsgemäß war. Über einen Gesetzentwurf darf nach seiner ersten Lesung überhaupt nicht abgestimmt werden. Die Abstimmung war demnach unglücklich. Der Abg. Scherz (Dem.) verfuhr vergebens, einer anderen Auffassung Geltung zu verschaffen und auf Antrag des Abg. Bäßler beschloß man, den Gesetzentwurf (Zentrumsantrag) in der Samstagsitzung in zweiter Lesung zu beraten. Die Frage der Aufhebung der sieben Oberämter und des Landgerichts Hall wird deshalb endgültig erst am Samstag entschieden werden.

Württembergischer Dank an die Schweiz.

Von zuständiger Stelle wird mitgeteilt: Die Schweizer Mission für deutsche Rot hat ihre Fürsorgetätigkeit in letzter Zeit ganz besonders unserem Lande zugute kommen lassen. Für Werk — Errichtung von Zuppenlinden, Verteilung von Lebensgaben usw. — umfaßt nunmehr dem alle größeren Städte Württembergs. Für diese nachbarschaftliche, hochherzige, außerordentliche Hilfe hat der Staatspräsident dem Generalsekretariat der Mission in Bern ein sehr warm gehaltenes Dankschreiben ausgeben lassen.

Für einen Staatspräsidenten und eine zweite Kammer.

München, 3. April. Die Vaterländische Arbeitsgemeinschaft erläßt einen Aufruf, in dem gesagt wird: Bayern ist durch die Revolution zur Provinz herabgesunken. Nachdem wir keinen König haben, der den Staat Bayern vertritt, brauchen wir wenigstens einen Staatspräsidenten. Er soll den Staat Bayern repräsentieren, er soll unabhängig sein von den Parteien und über den Parteien stehen. Er soll werden über die bundesstaatlichen Rechte Bayerns. Wir brauchen eine zweite Kammer zur Läuterung und Sicherung unserer Gesetzgebung.

Abberufung de Reg?

Wie das „Berliner Tageblatt“ hört, hat sich General de Wetz am 2. März von Speyer nach Paris begeben. Gleichzeitig war das Gerücht in Umlauf gesetzt worden, de Wetz werde Ende März zurückkehren. In der Tat beruht indes begründete Hoffnung, daß de Wetz, dessen Verhältnis zu Boncompagni durch den Sturz des ersten Kabinetts nicht unwesentlich berührt wird, sich einem Wapwechsel nicht gefallen lassen müssen. Bis zur Stunde ist jedenfalls der General nicht nach der Pfalz zurückgekehrt.

Dr. Schacht über die Sachverständigen-Beratungen.

Reichsbankpräsident Dr. Schacht beauftragte in einer Unterredung mit dem Chefredakteur der „Braunschweiger Staatszeitung“ lebhaft, daß die Sachverständigenberatungen von den deutschen politischen Parteien, die Gegner der Erfüllungspolitik sind, in demagogischer Weise in den Wahlkampf hineingezogen werden. Selbst vor persönlicher Verunglimpfung scheue man sich nicht. Man solle von England lernen, das geschloffen in der Außenpolitik hinter seiner ersten Arbeitsregierung stehe. Dr. Schacht hob dann die Sachlichkeit und Gründlichkeit der Pariser Sachverständigen hervor. Hier scheint die Tendenz vorzuherrschen, das ganze Reparationsproblem auf eine wirtschaftlich tragbare Basis zu bringen, um die Frage damit von der politischen Vergiftung, unter der sie bis jetzt gelitten habe, zu befreien. Auch in weiten französischen Kreisen werde die Herbeiführung einer vernünftigen Lösung der Reparationsfrage aufrichtig gewünscht. Nach seiner Ansicht sei für Deutschland keine Lösung annehmbar, die nicht volle wirtschaftliche Gleichberechtigung Deutschlands im internationalen Verkehr, volle Wiederherstellung der wirtschaftlichen Souveränität innerhalb des gesamten Deutschen Reiches und völlige Befreiung der zu Unrecht besetzt gehaltenen deutschen Landesteile, d. h. des gesamten Ruhrgebietes, bringe. Mit seiner letzten Reise sei seine persönliche Mitwirkung bei den Pariser Sachverständigenberatungen abgeschlossen. Die Golddeckschuld werde nächste Woche in Funktion treten können. Für die Aufrechterhaltung der Markstabilität seien die Aussichten die denkbar günstigsten.

Eine Steuer auf Auslandsreisen.

Berlin, 4. April. Auf Vorschlag des Reichskabinetts hat der Reichspräsident sich entschlossen, Maßnahmen zu ergreifen, um den Reiseverkehr Deutscher ins Ausland, soweit er nicht um der Gesamtheit des Volkes willen notwendig ist, nach Möglichkeit einzuschränken. Es wird deshalb die Vorkehrung des Markstabilitätsgesetzes, wonach nicht mehr als 10 englische Pfund, gleich 200 Goldmark, in deutschem Geld ausgeführt werden dürfen, mit Wirkung vom 7. April ab auf den Reiseverkehr anzuwenden. Die Gesamtbegrenzung des mitzunehmenden Geldes

auf 500 Mark bleibt bestehen, jedoch so, daß die Reisenden sich die anderen 300 Mark, die nur in ausländischem Geld mitgenommen werden dürfen, nach dem in Deutschland gültigen Vorschriften in Deutschland verschaffen müssen. Außerdem ist für die Ausstellung der sogenannten feuerlichen Unbedenklichkeitsklärung eine Gebühr von 500 Mark für jeden ausreisenden deutschen Reichsangehörigen vorgesehen. Befreiungen für die notwendigen Wirtschaftsverfahren, für die Rücktransporte ins Ausland und einige andere Ausnahmefälle sind zugelassen. Der Text der Verordnung, die bereits vollzogen ist, wird sofort bekanntgegeben. Bereits angekündigte Unbedenklichkeitsklärungen verlieren mit dem 10. April ihre Gültigkeit. Es ist Vorsorge getroffen, daß sofort in der Grenze wieder eine verschärfte Kontrolle über das Vorhandensein der hierauf vorgeschriebenen feuerlichen Unbedenklichkeitsbescheinigungen, sowie die Geldbeträge, die mitgenommen werden dürfen, eingeführt wird. Soweit erforderlich, wird daher auch die Zollkontrolle in den Zügen vorübergehend aufgehoben und wieder in die Abfertigungsräume der Grenzbahnhöfe verlegt werden müssen. Die Reichsregierung mußte sich zu dieser Maßnahme entschließen, die sie je eher, desto lieber wieder aufheben möchte. Die Auslandsreisen hatten aber ein derartiges Uebermaß angenommen, daß die mit der Verbringung großer unproduktiver Mengen deutschen Geldes in das Ausland, sowie die für die Aufrechterhaltung der Währung verbundene Gefahr einen Ausmaß nicht mehr duldet. Die Reisen ins Ausland gehen auch der Welt, obwohl sie tatsächlich zu einem erheblichen Teil davon beruhen, daß der Aufenthalt im Ausland billiger ist als in Deutschland, ein völlig falsches Bild von der deutschen Leistungsfähigkeit und haben dadurch zu vielen Mängeln im In- und Auslande Veranlassung gegeben. Da Maßnahmen wie die obengenannten für sich allein eine hinreichende Einschränkung nicht gewährleisten können, richtet die Reichsregierung gleichzeitig an alle Deutschen die dringende Bitte, Auslandsreisen, soweit sie nicht für den Einzelnen lebensnotwendig sind, auch aus freiem Entschluß zu unterlassen. Die unterstehenden gesetzlichen Maßnahmen waren nicht zu umgehen, da, worüber ja alle Deutschen einig sind, nichts unternommen werden darf, was erforderlich ist, um unsere Währung zu stützen.

Neuer Frankenrückgang.

Berlin, 4. April. Nach dem „Berliner Lokalanzeiger“ ist gestern an der Pariser Börse ein neuer Frankenrückgang eingetreten. Der Kurs für 1 Pfund Sterling stieg von vorgestern 1190 auf 1240 um 3 Uhr nachmittags. Juridisch wird diese neue Frankenbaisse auf den Wochensbericht der Bank von Frankreich, der eine Vermehrung des Notenumlaufes in der vergangenen Woche um und 24 Millionen Franken ausweist. Auch an der New Yorker Börse ist gestern der Frank zurückgegangen. Er notierte 16 Centimes.

Regelung des Dienstes am 1. Mai.

Berlin, 4. April. Entsprechend der Regelung des Dienstes am 1. Mai im Vorjahr hat das Reichskabinett beschloffen, auch in diesem Jahre den Dienst am 1. Mai dahin zu regeln, daß in den Ländern, in denen der 1. Mai als gesetzlicher Feiertag landesbreitlich anerkannt ist, auch in den Reichsbehörden und Betrieben auf die Vermeidung der Rückfälle zu nehmen ist. In den Ländern, wo der 1. Mai nicht als gesetzlicher Feiertag gilt, haben Beamte, Angestellte und Arbeiter, welche zur Teilnahme an einer Feier am 1. Mai den Dienst oder die Arbeit fern bleiben wollen, rechtzeitig bei ihren Dienstvergebern um Befreiung vom Dienst nachzusuchen. Solchen Anträgen ist grundsätzlich überall soweit zu entsprechen, als dadurch die notwendige Fortführung des Dienstbetriebes nicht in Frage gestellt wird. Bei der Entscheidung über derartige Gesuche soll nicht engherzig verfahren werden. Die hiernach vortragte und bewilligte Freizeit ist bei den Beamten und Angestellten auf den Erholungsurlaub anzurechnen. Das gleiche kann auf Wunsch bei den Arbeitern geschehen. Wird von den Arbeitern nicht ausdrücklich um Anrechnung auf den Erholungsurlaub nachgesucht, so wird für die Dauer der Arbeitsverhältnisse Lohn nicht gewährt. Von der Anrechnung auf den Erholungsurlaub oder einer Lohnzahlung kann abgesehen werden, wenn Nachholung der verfallenen Arbeitsstunden anderweit sichergestellt ist. In Betrieben, in denen Dienstleistungen zur Befriedigung religiöser Bedürfnisse in staatlich nicht anerkannten Kirchen ohne Anrechnung auf den Erholungsurlaub und ohne Lohnzahlung gewährt werden, gilt das Gleiche auch für die Dienstbefreiung am 1. Mai.

Ermäßigung der Börsenumschsteuer.

Berlin, 3. April. Mit Wirkung vom 7. April tritt gleichzeitig mit der Herabsetzung der Bankprovisionen eine Ermäßigung der Börsenumschsteuer bei Aktien und Valutabiligationen in Kraft. Die Steuer beträgt künftig regelmäßig 15 Prozent der Kursgeschäfte und 14 Prozent für Börsengeschäfte. Bei Valutabiligationen der deutschen Länder und Gemeinden 12 Prozent für Kursgeschäfte und 12 Prozent für Börsengeschäfte. Im Interesse der kleinen Aktien wird abweichend von der bisherigen Regelung die Steuer bei Aktien nach einem Grundbetrag von 10 Goldmark berechnet.

Der Reichsanwalt zum Wahlkampf.

Berlin, 3. April. Der Reichsanwalt äußerte sich gegenüber dem Berliner Vertreter des „Vaterländischen Volksblattes“ in Badenborn über einige Fragen, die neuerdings im Wahlkampf eine Rolle spielen. Auf den Hinweis, daß die Opposition auf der Rechten es nicht wahr haben wolle, daß eine Verhärtung ihrer parlamentarischen Richtung die ungenügende Lage Deutschlands erschweren würde, entgegnete der Reichsanwalt: Der Widerbruch der Rechten gegen die von mir und von der Reichsregierung und der übermühten Mehrheit des bisherigen Reichstags vertretenen These ist mir wohl bekannt. Darin liegt die Anerkennung, daß hier eine wichtige, vielleicht die wichtigste Seite des ganzen Wahlkampfes berührt wird. Mir scheint übrigens das Interesse der Rechtsopposition für diese Frage zu beweisen, daß eine andere von dieser Seite kommende Behauptung, die darauf hinausläuft, die Rücksicht auf das Ausland dürfe überhaupt keine Rolle spielen, von der Rechten selbst widerlegt wird. Selbstverständlich ist das deutsche Volk autonom in der Behandlung seines Willens und in der Bestimmung über sein Geschick. Es ist grundsätzlich mein es von der Opposition so dargestellt wird, als wenn dem deutschen Volk zugunsten würde, es solle „aus Rücksicht auf das Ausland“ in einem bestimmten Sinne wählen. Das ist ebenfalls eine andere Behauptung, die deutsche Politik (speziellere seit dem Londoner Ultimatum) darauf, sich das Wohlwollen der fremden Demokratien zu erwerben. Die Regierung, die diese Politik machte, und die Parteien, die sie unterstützten, dürfen für sich in Anspruch nehmen, daß sie sich ausschließlich von Rücksichten auf das deutsche Interesse leiten ließen. Dasselbe gilt auch jetzt, wenn von uns dem deutschen Volke eine bestimmte Stimmabgabe empfohlen wird. Zwischen der Regierung und den Regierungsparteien einerseits und der Opposition andererseits besteht in Wirklichkeit gar keine Meinungsverschiedenheit über den Zusammenhang zwischen den Wahlen und der Außenpolitik. Beide Teile bejahen auf das Entschiedenste diesen Zusammenhang. Ihre Ansichten gehen nur scharf auseinander, wenn es sich um die Frage handelt, welcher Wahlansatz, auch unter außenpolitischen Gesichtspunkten betrachtet, im Interesse des deutschen Volkes liegt. Wenn die Opposition sagt, die bisherige Politik mit ihrer schwächlichen Nachgiebigkeit sei ein Schicksal, es müsse jetzt mit anderen Methoden

gearbeitet werden, so kann das nur bei denjenigen verstanden werden, die das verübte größere Unheil nicht zu würdigen wissen. Es ist ja begreiflich, daß aus Unmut über die Drangsalierung des deutschen Volkes durch einen Teil unserer ehemaligen Kriegsgegner der Wunsch nach einer Politik der Aufhebung entzündet. Aber diese Politik der Realen, wie ich sie einmal nennen möchte, führt ins Verderben. In unserer Machtlosigkeit kann uns nur eine Politik der Geduld und des langsamen und mühsamen Durchsiegens vorwärts bringen. Wir sollten doch die trübten Erfahrungen des Jahres 1923 nicht ungenutzt lassen. Da sagte das deutsche Volk einstimmig und geschlossen: „Rein“. Aber seiner heroischen Aufbebung gegen den Ausbruch war trotzdem der Erfolg verlagert, obwohl die Ententestaaten bei diesem Konflikt unter sich uneinig waren. Die Behauptungen aus den Kreisen der Rechtsopposition beweisen, daß sie selbst mit Behauptungen als Antwort auf die von ihr empfohlene Politik rechnet. Sie verabreicht als Trost die Versicherung, das würde nur eine vorübergehende Erscheinung sein. Das deutsche Volk mag selbst beurteilen, ob es denjenigen, die sich in so gewagten Kombinationen ergehen, das Recht in die Hand geben will. Es mag auch darüber urteilen, ob diese Argumentation viel für sich hat, daß eine sogenannte starke oder nationale Regierung und Regierungsmehrheit dem Auslande imponieren und Frankreich nachgiebiger stimmen würde. National ist in Deutschland derjenige, der eine gute Politik im Interesse des deutschen Volkes macht. Eine gute Politik kann nur machen, wer nicht vergißt, daß die Politik die Kunst des Möglichen ist. Dem deutschen Volk kann ich nur immer wieder die Mahnung zurufen: Wähle nicht durch Verhärtung der Extreme einen aktionsunfähigen Reichstag, der keine Hoffnungen entzünden mag. Laß dich nicht von der Modeströmung anleiten, indem du dich von dem baronmäßig verstandenen deutschböhmischen Schlagwort einhangen läßt!

Die deutschen Richter gegen Frankreichs Willkür.

Der Deutsche Richterbund erinnert in einer Protestschreiben gegen die französische Regierung nach Verhaftung des vom Reichsgericht wegen Spionage zu zwölf Jahren Zuchthaus verurteilten französischen Kapitäns d'Armont dessen Freilassung und deutsche Weisung. Die deutschen Richter erheben klammernden Protest gegen diesen unerböhrten Akt französischer Willkür, der Recht und Gerechtigkeit aus dem Boden reißt. In die Richter aller Völker richten sie die Bitte, sich ihrer Empörung gegen diese Kulturverderbende und Beschämung des Rechtsgebietes anzuschließen.

„Echo de Paris“ über die Dreher-Feyer.

Paris, 3. April. „Echo de Paris“ läßt sich über die gestrige Trauerfeier am Anhalter Bahnhof berichten und bezeichnet die deutsche Regierung als für die Vorgänge verantwortlich. Die Rede von Jarres bedeute ebenso wie die Rede Stresemanns am letzten Sonntag eine wahre Apologie des verlorenen Widerstandes an der Ruhr. — Eine in Paris ausgegebene offizielle Erklärung möchte glauben machen, daß die Behandlung des verstorbenen Dreher im Zuchthaus auf der Insel Re seinen Tod nicht verursacht hätte. Dreher habe im Februar 1924 nach dem Besuch seiner Verwandten erhalten, die ein Begnadigungsgesuch an Millerand richteten. Am 6. März sei Dreher entlassen worden. Der deutsche Konsul in Paris habe Lozare am 10. März für diese Begnadigung gedankt, ebenso Stresemann am 17. März. Dreher sei also frei gewesen, als er starb. (Nachdem durch die menschenunwürdige Behandlung in französischen Gefängnissen der Tod allem bei Dreher gelegt wurde. Schrift.)

Pass-Bilder
für jeden Passweck, sowie Porträts und Postkartenaufnahmen in künstlerischen Ausführungen.
Fritz Wolf, Pforzheim,
Schulberg 6. u. Fernsprecher 1331.

Unserer heutigen Gesamtanlage liegt von der Firma H. Kobach und Co. G. m. b. H. ein Großfoto bei betriebsmäßig Rodenzentung fürs deutsche Haus, woraus wir v. j. aufmerksam machen.

Wärrt. Amtsgericht Neuenbürg.

In das Handelsregister, Abt. f. Ges.-Firmen, ist am 2. April 1924 bei der Firma Karl Zeiser, Fabrik hauswirtschaftlicher Maschinen, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Sitz Birkensfeld, O. A. Neuenbürg, eingetragen worden: Der Vorlaut der Firma wurde geändert in „Pulver, Fabrik hauswirtschaftlicher Maschinen, Gesellschaft mit beschränkter Haftung“. Der Sitz der Gesellschaft wurde von Birkensfeld nach Wiesbaden verlegt. Der Geschäftsführer Karl Zeiser wurde abberufen. Alleiniger Geschäftsführer ist nunmehr der seitherige stellvertretende Geschäftsführer Fritz Röttcher, Kaufmann in Wiesbaden.

Birkensfeld.
Hafer
offiziert jedes Quantum, 9.50 der Ztr. ab Sonnenmühle.
Jos. Hussl.

Vieh-Verkauf.
Von Montag morgen 8 Uhr ab
Recht
im Gasthaus zum „Ochsen“ in Höfen
ein frischer Transport
erstklassiger, gut gewohnter
Milkkuhe, trächtiger Kühe,
Kälberkuhe, sowie eine große Auswahl
gut gewohnter, hochträchtiger Zucht-
Kalbinnen
zum Verkauf, wozu Kauf- und Tauschliebhaber einladen
Rudolf und Berthold Löwengardt.
Das Vieh kann von Sonntag ab bestellt werden

